



# Wer nicht streikt, hat schon verloren!

**Ob ÖBB, AUA, Post oder der Bildungssektor - überall stehen Sozialraub und Jobabbau auf der Tagesordnung. Als Begleitmusik zu diesen Angriffen bläst die Hetze der Medien den betroffenen KollegInnen ins Gesicht. Ganze Branchen werden als Privilegienritter dargestellt.**

Fotomontage aus Bildern vom AUA-Streik im Oktober 2003 und dem Abwehrstreik am 3. Juni 2003. Grafische Bearbeitung von Harald Mahrer.



## JOHN EVERS, SLP WIEN-NORD

Das AUA-Bordpersonal gab hier die richtige Antwort: Trotz Drohungen und Lügen von Management, Zeitungen und ORF, hat diese Belegschaft Kampfmaßnahmen durchgeführt. Auch die Chancen für Gegenwehr in anderen Bereichen sind da. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IFES halten 60 Prozent der Bevölkerung gewerkschaftlichen Widerstand gegen den ÖBB-Kahlschlag für gerechtfertigt. Die Sozialistische Linkspartei fordert einen gemeinsamen Streiktag aller Betroffenen!

Weltweit das gleiche Bild: Die Konjunktur verschlechtert sich, ArbeitnehmerInnen sollen den Preis für die Wirtschaftskrise bezahlen. Dieser Kampf wird an verschiedenen Fronten geführt. Die Regierung zerschlägt staatliche Infrastruktur und soziale Netze. Die Unternehmer fordern Nulllohnrunder und die Aufhebung von Kollektivverträgen. "Experten" erklären warum Sozialraub notwendig ist. Und die Medien stel-

len aktive GewerkschafterInnen als blutrünstige Dinosaurier dar.

## DIE WAHREN PRIVILEGIENRITTER

AUA-Vorstand Sörensen erhält pro Arbeitstag (!) rund EUR 5.000, während bei der Belegschaft gekürzt wird. Ex-Verkehrsministerin Forstinger (FPÖ) bekommt ähnlich hohe Summen: EUR 18.000 für eine einzige "Expertise" im Auftrag des ÖBB-Vorstands dessen Arbeitgeberin sie war. Finanzminister Grasser "irrt" sich bei der (Nicht)-Anzeige seines Aktiendepots um satte EUR 175.000. Minister Gorbach will 12.000 Jobs bei der Bahn vernichten, während er sich schon auf seinen neuen Dienstwagen freut. Diese aktuellen Beispiele zeigen nicht nur die Arroganz der Herrschenden gegenüber ArbeiterInnen und Arbeitslosen.

## REICHE WERDEN REICHER, DIE ARMEN ÄRMER

Stellvertretend stehen diese Privilegienritter für die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems. In Öster-

reich gibt es zwar 60.000 Euro-Millionäre, aber auch 880.000 Menschen die akut von Armut bedroht sind. Alleine von Grassers Aktienpaket könnte eine normale Pensionistin 22 Jahre leben. Trotz Krise gab es auch in der letzten Zeit kein Jahr, in dem die Unternehmerrückgewinne nicht gewachsen wären. Kontinuierlich wurde die Kapitalseite zusätzlich steuerlich entlastet: Die Einnahmen aus Einkommens- und Körperschaftsteuern sanken in den letzten beiden Jahren um fast ein Viertel! Der Kapitalismus ist insgesamt ein System, das von wachsender Ungleichheit geprägt ist: Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen macht heuer nur mehr knapp 60 Prozent aus. Geht es nach den Herrschenden, soll der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung weiter gesenkt werden.

## DIE ZEITEN WERDEN HÄRTER

Bei den laufenden Lohnrunder haben die Unternehmer von Beginn an Abschlüsse unter der Inflationsrate (= Reallohnverluste)

als unumgänglich bezeichnet. Gleichzeitig wurde eine härtere Gangart bei den Arbeitszeiten und der Eingriff in bestehende Rechte gefordert. AUA-Chef Sörensen stieß noch weiter vor: Mit disziplinarischen Maßnahmen "bis hin zur Entlassung" drohte er KollegInnen, die für einen Konzern-Kollektivvertrag streik(t)en. Die Kampfansagen an die ArbeiterInnenbewegung häufen sich: "Wir wollen, dass der Vorstand die Geschäfte führt, nicht die Gewerkschaft" (Staatssekretär Kukacka, ÖVP). Bei den ÖBB müssten vor allem "die überbordenden und überzogenen Mitwirkungsrechte der Gewerkschaft" eingedämmt werden. Auf den Punkt gebracht: Jedes soziale und politische Recht, das die Gewerkschaften in den letzten 100 Jahren erkämpft haben, soll fallen.

## HEUTE WIR, MORGEN IHR

Durch Kürzungen bei einer Berufsgruppe ist es noch nie einem anderen Beschäftigten besser gegangen. Im Gegenteil werden Löhne und Arbeitsbedingungen

dadurch weiter verschlechtert. Umgekehrt bedeutet ein gewerkschaftlicher Erfolg in einem Bereich, einen Sieg für die gesamte Bewegung. Jene Branchen, die momentan im Brennpunkt der Angriffe stehen - AUA, ÖBB, Post und Bildungssektor - haben es in der Hand, die Entwicklung umzudrehen. Die ÖGB-Spitze hat bis jetzt völlig versagt, die Kämpfe zu vernetzen. Im AUA-Streik wurde außer Wortspenden keine aktive Unterstützung für die streikenden KollegInnen mobilisiert. Mit der ÖBB-"Reform" soll nun ein Herzstück der österreichischen Gewerkschaftsbewegung ausgeschaltet werden.

## KÄMPFERISCHE BETRIEBSRÄTINNEN IN DER OFFENSIVE

Die überfraktionelle und unabhängige "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" wurde auf Initiative der SLP diesen Herbst ins Leben gerufen. Bei ihrer Gründungskonferenz waren rund 60 BetriebsrätInnen sowie GewerkschaftsaktivistInnen aus verschiedenen

Branchen und Fraktionen anwesend. Prominente Namen des gewerkschaftlichen Widerstands wie Robert Wurm (BRV Postbus) kamen ins Gespräch mit AUA-Betriebsrat Gugerell und Kollegin Nowikow von der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft (UBG), EisenbahnerInnen und "einfachen" Gewerkschaftsmitgliedern.

Ziel der Plattform ist ein demokratischer ÖGB ohne Privilegien. Verknüpft damit ist der Kampf für eine neue Gewerkschaftspolitik, die das sozialpartnerschaftliche Erbe hinter sich lässt. Die Spaltung der ArbeitnehmerInnen in einzelne Berufsgruppen kann nur durch den gemeinsamen Widerstand überwunden werden. Um diesen Kampf langfristig zu organisieren, ist der Aufbau einer neuen breiten ArbeiterInnen-Partei nötig. Die Bewegung braucht überdies inhaltliche Alternativen. Die SLP bringt auch dazu klare Standpunkte ein: es ist unvermeidlich, die Überwindung des Kapitalismus als Ziel wieder in der ArbeiterInnenbewegung zu verankern.

Seiten 4/5: Die ArbeiterInnenklasse: Totgesagte leben länger

Infos über Aktionen und SLP-News laufend neu auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

Der Standpunkt



Schon als Kinder lernen wir, dass man "aus Fehlern lernen soll". Das sollte auch für den ÖGB gelten. Pensionsraub & VOEST-Privatisierung gingen trotz Protesten über die Bühne, bei AUA und ÖBB scheint das Rennen noch offen. Wenn die alten, sozialpartnerschaftlichen Methoden von Verhandeln, ein bisschen Drohen, wieder verhandeln und wieder verhandeln und... nicht funktionieren, ist es notwendig, die Lehren zu ziehen.

**Aus Fehlern lernen...**  
Von Sonja Grusch

1.) **Glaub nicht, was du liest**  
Die Medienhetze gegen angeblich privilegierte ArbeitnehmerInnengruppen und die tendenziöse Berichterstattung (das Management hat "vernünftige" Argumente, die Streikenden sind "gewalttätig") zeigen, dass die ArbeiterInnenbewegung eigene Medien braucht. Warum setzt der ÖGB seine nicht ein?

2.) **Verhandeln = Hinhalten**  
Das Management verwickelt KollegInnen in sinnlose Verhandlungen deren einziger Zweck es ist, hinter dem Rücken der Streikenden Stimmung zu machen. Vielleicht sollten die Verhandlungen künftig live übertragen werden - wer nichts zu verstecken hat, hat damit keine Probleme. Und Streiks während der Verhandlungen sind das beste Druckmittel.

3.) **Raus auf die Straße**  
Andere ArbeitnehmerInnen erhalten ihre Informationen nur aus den Medien - und die berichten im Sinne der Unternehmen. Die Streikenden sollen selbst über ihre Anliegen informieren - mittels Streikzeitung, Flugblättern, Kundgebungen und Demonstrationen. Raus auf die Straße, in U-Bahnen und Einkaufszentren und direkt erklären, worum es geht.

4.) **Einschüchterungen zurückschlagen**  
Die UnternehmerInnen versuchen es mit immer brutaler Einschüchterung - Medienhetze, Drohungen und Klagen. Wenn wir nachgeben, kommt der nächste Schlag. Daher gemeinsam unsere Rechte verteidigen.

5.) **Nicht spalten lassen**  
Nur gemeinsam sind wir stark - eine alte Weisheit. Nur kommt die Gemeinsamkeit nicht von alleine. Die Gewerkschaften müssen ALLE Möglichkeiten nutzen, um gegen Spaltungen zu arbeiten. Fehler nicht wiederholen, sondern aus ihnen lernen und die Konsequenzen ziehen - das ist notwendig um die nächsten Angriffe der Regierung erfolgreich abwehren zu können.

**Impressum:**  
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien DWR: 08/2002

Situation um Lucina-Klinik spitzt sich zu

# Frauenrechte verteidigen!

*Die Situation um die Abtreibungsklinik Lucina hat sich in den letzten Wochen zugespitzt. Die Klinikleiterin sah sich vorübergehend aufgrund der massiven Bedrohung durch die radikalen AbtreibungsgegnerInnen nicht mehr in der Lage, in den Räumlichkeiten weiterzuarbeiten.*

VON CLAUDIA SORGER,  
SLP-FRAUENSPRECHERIN

Von der SLP wurden 5318 Unterschriften, die in der Lucina-Klinik von PatientInnen gesammelt wurden, an Stadträtin Pittermann übergeben - gemeinsam mit Forderungen an die Stadtregierung, für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch aktiv zu werden. Aber nicht nur die Situation vor Privatkliniken und Arztpraxen, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, ist für Frauen aufgrund des Terrors von radikalen Abtreibungsgegnern beklagenswert. Seit 1. Jänner ist

es zwar prinzipiell in den Wiener Gemeindespitalern möglich, einen Schwangerschaftsabbruch als ambulante Leistung um 275 Euro durchführen zu lassen. An der Umsetzung mangelt es jedoch nach wie vor (siehe Lokalaugenschein). Es ist ein Versagen der österreichischen Gesundheits-, Sozial- und Frauenpolitik, dass nach dem Inkrafttreten der Fristenregelung keine öffentlichen Einrichtungen geschaffen wurden, sondern diese Aufgabe privaten Anbietern überlassen wurde und die Kosten nicht von den Krankenkassen übernommen werden.

**DIE FORDERUNGEN DER SOZIALISTISCHEN LINKSPARTEI:**

- Unterbringung der Lucina-Klinik in Räumlichkeiten der Gemeindespitaler
- Bannmeile für radikale AbtreibungsgegnerInnen rund um Kliniken und Arztpraxen - gemeinsame Mobilisierung von Betroffenen und AnrainerInnen zum Schutz der Frauen vor Belästigung
- Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein in allen Wiener Gemeindespitalern und in den Landeskrankenhäusern - in eigenen Abteilungen mit entsprechender Beratung
- Schaffung von selbstorganisierten Frauengesundheitszentren, die eine umfassende Beratung und Behandlung bei Schwangerschaftsabbruch anbieten
- Vergesellschaftung des Gesundheitswesens
- Kostenlose Verbreitung von Verhütungsmitteln und umfassende Sexualberatung an den Schulen, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern

**Gegen Abtreibungsgegner und Nazis**

## SLP in der Offensive für Solidarität und Sozialismus

An einer von der SLP initiierten Demonstration anlässlich der drohenden Schließung der Lucina Abtreibungsklinik beteiligten sich junge und ältere Frauen, darunter fast eine ganze Schulklasse der Stubenbastei. Die Demonstration endete mit der Übergabe einer Resolution an Gesundheitsstadträtin Elisabeth Pittermann, in der die Unterbringung der Klinik in einem Gemeindespital gefordert wurde. Auch weitere Aktionen wurden von der SLP in den letzten Wochen gesetzt.

VON LAURA RAFETSEDER,  
SLP-WIEN MITTE

Im SchülerInnenbereich gab es Aktionen von SLP und Sozialistischer Widerstand International. In Vorbereitung auf die Anti-Nazi-Demonstration am 8. November haben wir Infotische von Floridsdorfer Schulen gemeinsam mit Schülerinnen der Patriziggasse

organisiert, weiters gab es einige Nazi-Schmierereien-Überkleb-Aktionen. In Linz fand eine Kundgebung der SLP zum Thema "Wie gegen Rechtsextremismus kämpfen" statt, dabei waren auch Mitglieder der SAV, Schwesterorganisation der SLP in Deutschland, anwesend. Wir verkauften dabei 20 Zeitungen. SWI Mitglied Judith Schreiber wurde zur Schulsprecherin der Patriziggasse gewählt, Schulsprecherstellvertreter an der Glasergasse wurden Peter Regner und Jakob Unterwurzacher, beide Mitglied der SLP. Anlässlich der Verhaftung von Mitgliedern und Aktivistinnen des Komitees für eine ArbeiterInnen Internationale (CWI) in Irland hielten Mitglieder der SLP eine Protestkundgebung vor der irischen Botschaft mit anschließender Übergabe einer Protestnote, die u.a. von Gemeinderäten von KPÖ und Grünen unterzeichnet war, ab. Näheres zum Thema Irland siehe Seite 7.

**Nächste**

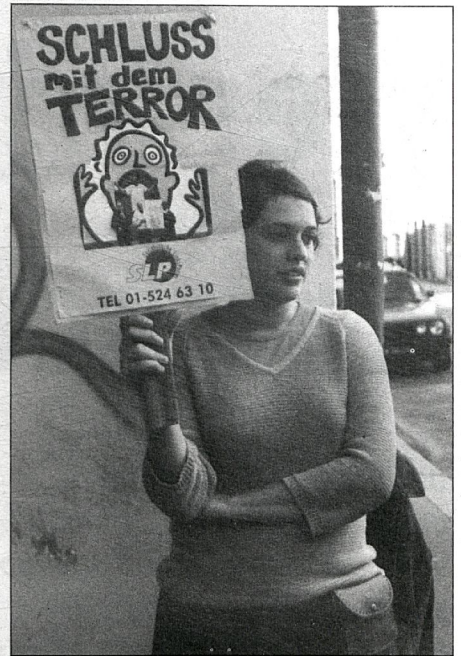
**Kundgebung**

**gegen**

**Human Life**

**International (HLI):**

Samstag, 25. Oktober, 9 Uhr  
Vor der Lucina-Klinik  
1020 Wien, Gr. Spertlgasse 33



**Abtreibung: Lokalaugenschein in Wiener Spitalern**

## Von Pontius zu Pilatus

Ein Erfahrungsbericht von J. (Name der Redaktion bekannt) auf der Suche nach einem Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitalern in Wien zeigt, dass die Situation keineswegs optimal ist. Frauen müssen sich die Information mühsam zusammensuchen, die Beratung muss meist extern und nur zu bestimmten Zeiten in Anspruch genommen werden, Anonymität ist nicht gegeben und die Abbrüche finden auf der Gynäkologie statt, wo auch hochschwangere Frauen behandelt werden. Ein Angebot, das offensichtlich nicht danach ausgerichtet ist, dass es von vielen Frauen in Anspruch genommen wird.

**KAISER-FRANZ-JOSEF-SPITAL**

Die Krankenschwester am Telefon konnte keine detaillierten Auskünfte geben und verwies auf die Familienberatungsstelle im Haus. Die Beratung erfolgt nur mittwochs zwischen 15 und 17 Uhr, außerhalb dieser Zeiten können auch Termine vereinbart werden, darüber hinaus ist sie Pflicht. Die Frage nach Anonymität konnte am Telefon nicht beantwortet werden. Beim zweiten Anruf (zur angegebenen Beratungszeit) ist die Gesprächspartnerin ungeduldig und im Laufe des Gesprächs

tag von 8-12 und Dienstag von 13:30-19 Uhr geöffnet ist.

**SMZ OST**

Beim Anruf ist zu erfahren, dass derzeit keine Abbrüche durchgeführt werden.

**KRANKENHAUS LAINZ**

Die Gesprächspartnerin am Telefon ist sehr ungeduldig, spricht sehr schnell und nimmt sich wenig Zeit für die Fragen. Abbrüche werden ausschließlich donnerstags mit Überweisungs-/Facharztschein durchgeführt. Auf die

Donnerstag von 15 - 18 Uhr stattfindet. Bei mehreren Anrufen in der Beratungsstelle zur genannten Zeit an drei aufeinanderfolgenden Donnerstagen hebt niemand ab oder es schaltet sich ein Tonband ein. Einmal wird die Auskunft erteilt, dass die Beratungsstelle täglich zwischen 7 und 14 Uhr erreichbar ist.

**SEMMELEWIS-KLINIK**

Die Gesprächspartnerin am Telefon ist sehr unfreundlich und ungeduldig. Beratung wird nur dienstags in der Zeit von 15-18

“Es ist mir ein Anliegen, die optimale Versorgung der Frauen sicherzustellen. Aus diesem Grund habe ich dieses Angebot in den städtischen Krankenanstalten initiiert.”

(Gesundheitsstadträtin Pittermann im Oktober 2003)

auch immer unfreundlicher. Bei diesem Gespräch stellt sich heraus, dass der Abbruch nur bis zur zehnten Woche vorgenommen wird.

**WILHELMINENSPITAL**

Auch hier der Hinweis, dass zuerst die Beratung stattzufinden hat. Dazu wird die Adresse und Telefonnummer einer Familienplanungsstelle gegeben. Beim Anruf in der Familienplanungsstelle stellt sich heraus, dass diese nur Montag und Frei-

frage bei der Untersuchung in der Ambulanz die Schwangerschaft festgestellt wird, antwortet die Gesprächspartnerin in herausfordernd aggressivem Ton: "Sie sollten schon wissen, ob sie schwanger sind".

**RUDOLFFSTIFTUNG:**

Sehr freundliche Gesprächspartnerin, ausführliche Auskunft über mitzubringende Unterlagen. Auch hier muss vorher eine externe Beratung in Anspruch genommen werden, die nur am

Uhr angeboten. Ein Termin für einen Abbruch wird erst nach dem Beratungsgespräch vergeben. Beides ist nicht anonym möglich. Die andere Gesprächspartnerin in der Beratungsstelle ist nett und auskunftsbereit. Sie betont, dass es gut wäre, zu den Beratungszeiten zu kommen, weil dann nicht so viel los ist (nicht so viele hochschwangere Patientinnen!). Der gesamte Ablauf nimmt laut Auskunft zwei bis drei Tage an Terminen in Anspruch: Blutabnahme, HIV-Test (!), Abbruch.

ÖGB-Kongress verpasst Chance für Neuorientierung

# Gemeinsam für kämpferische & demokratische Gewerkschaften!



SLP-Kundgebung vor ÖGB-Bundesvorstand im April 2003 ...



Kundgebung der GdE (09/03): Michael Gehmacher konfrontiert Gorbach



BV bei AUA-Bord (oben); R. Wurm und P. Gugerell am 13. 10. (unten)



Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften

Alle Fotos SLP

Zwischen 13.10. und 17.10. 03 tagte im Wiener Austria-Center der 15. ÖGB-Kongress. Allerweltsslogans, unpolitische Plakate, Werbegeschenke, Kongressroutine - wenig deutete äußerlich auf die dramatischen Veränderungen hin, die das Umfeld der heutigen Gewerkschaftsarbeit prägen. Nichts ist so wie es einmal war: Erstmals seit 1945 fanden zeitgleich mit dem ÖGB-Kongress zwei Arbeitskämpfe (ÖBB und AUA) statt. Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften entfaltete ebenfalls zum ersten Mal ihre Aktivitäten.

VON MICHAEL GEHMACHER,  
SLP-GEWERKSCHAFTSSPRECHER

Für die breite Öffentlichkeit praktisch unsichtbar, wies der ÖGB zwar in seinem Tätigkeitsbericht über die abgelaufene Funktionsperiode (der letzte Kongress war im Oktober 1999) auf Streiks gegen Maßnahmen der Bundesregierung hin. In der medialen Aufbereitung der ÖGB-Arbeit und auch in den Beiträgen von wichtigen FunktionärInnen, waren die vergangenen und die aktuellen Arbeitskämpfe aber krass unterrepräsentiert. Der Vorsitzende der Eisenbahngewerkschaft Wilhelm Haberzettl nahm z.B. die günstige Gelegenheit nicht wahr, um einen Streik gegen die Zerschlagung der ÖBB anzukündigen.

LEIDER KEINE BEIFALLS-STÜRME FÜR STREIKENDE

Am Mittwoch besuchte die streikende AUA-Bord-Belegschaft die Delegierten. Statt die kämpfenden KollegInnen zumindest mit den selben Standing Ovationen wie den Bundespräsidenten zu bedenken, verwehrt der Kongress den Streikenden die notwendige, eindeutige moralische und politische Unterstützung. Im Gegenteil: Präsident Verzetnitsch meinte nur knapp vor (!) der Tür des Kongresssaales, dass er auch auf die Interessen des - nicht-streikenden - AUA-Bodenpersonals Rücksicht nehmen müsse. Seltsam mutete auch die "Rat und Tat - Messe" an, bei der diverse Privatfirmen auf einer Ge-

werkschaftskonferenz ihre Werbegeschenke feil bieten durften. Mit dabei war nämlich auch die AUA. Kaum ein ÖGB-Verantwortlicher kam auf die Idee, dass eine Firma, die gerichtlich gegen Betriebsversammlungen vorgeht, die Betriebsräte und Gewerkschaft bedroht, eigentlich nichts am ÖGB-Kongress verloren hat. Der ÖGB hat auf diesem Kongress nicht die Schlussfolgerungen aus den Ereignissen der letzten Wochen und Monate gezogen. So manchem Delegierten war durchaus der Frust über die derzeitige

kreis zum AUA-Streik mit Betriebsrat Gugerell. Vor allem die Schärfe mit der dieser Arbeitskampf geführt wurde, bedeutete für Österreich ein Novum und schlug ein neues Kapitel in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung auf. Eine heiß diskutierte Frage war, wie und ob die Spaltung der AUA-Belegschaft zwischen Bord- und Bodenpersonal in Zukunft überwunden werden könnte. Bei der Podiumsdiskussion mit Robert Wurm (BRV Postbus), Barbara Nowikow (Unabhängige Bildungsgewerkschaft),

**“In einer Zeit, in der die ArbeiterInnen von keiner Partei verteidigt werden und mit einer Gewerkschaftsspitze zu tun haben, die mehr dem System verpflichtet ist, als den Interessen ihrer Mitglieder, müssen ArbeiterInnen selbst aktiv werden und sich zusammenschließen.“**

H. Mahrer, SLP, auf der Konferenz der Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften

Situation anzusehen. Geheime Streichorgien, wie gegen den ÖVP-Mann und neuen ÖGB Vizepräsidenten Klein, der als Nachfolger von Fritz Neugebauer lediglich 58 Prozent der Stimmen erhielt, werden aber sicher zu wenig sein, um den ÖGB neu zu positionieren!

ERFOLGREICHE SLP-INITIATIVE: PLATTFORM GEGRÜNDET

Am 13.10. 03 hielt die "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" in Wien eine erste Konferenz von BetriebsrätInnen und GewerkschaftsaktivistInnen ab. Der Abend war ein voller Erfolg. Begonnen wurde mit dem Arbeits-

Peter Gugerell, sowie Harald Mahrer (ehem. BR Melzer, SLP) und Armin Delacher (BR Ecetra, GLB) für die überfraktionale Plattform, stand die künftige Rolle des ÖGB im Mittelpunkt. Von mehreren Seiten wurden etwa wesentliche Strukturen des ÖGB als undemokratisch kritisiert. Zusätzlich aufgewertet wurde die Konferenz durch die Teilnahme einer Gruppe Eisenbahner, die extra aus Oberösterreich angereist kamen. Sie kritisierten den laufenden Überstundenboykot. Er belastet einseitig die KollegInnen im Turnusdienst, spalte die Belegschaft und verzögert nur einen notwendigen Streik. Auch Eisenbahner aus

Wien sprachen sich für einen Streik aus. Immer wieder betont wurde die Rolle der Plattform als Bindeglied von kämpferischen GewerkschafterInnen aus verschiedenen Bereichen und vor allem als Instrument um selbst Aktionen zu setzen. Die Plattform strebt in diesem Sinne den Aufbau einer kämpferischen Opposition im ÖGB an. Auf der Konferenz wurde über einen gemeinsamen Aktionstag von AUA, LehrerInnen und Postbus debattiert. Wir verlangen vom ÖGB die Durchführung eines solchen Aktionstags. Sollte der ÖGB diese Idee nicht aufgreifen, werden wir diese Idee eigenständig weiter verfolgen. Ein solcher Aktionstag müsste dann von verschiedenen Betriebsratskörperschaften gemeinsam mit der Plattform

durchgeführt werden. Auf der Konferenz wurden über 150 Euro für die weitere Arbeit der Plattform gespendet. Unmittelbar nach dem ÖGB-Kongress trafen sich AktivistInnen der Plattform am Kongressort. Bei diesem Treffen wurde der ÖGB-Kongress bilanziert und eine Solidaritätsaktion für die EisenbahnerInnen ins Auge gefasst.

**NÄCHSTES TREFFEN (WIEN):**  
28. November, 19 Uhr  
Cafe Sperthof, 2., Gr. Sperlgr. 41

**Ein Treffen in Oberösterreich ist ebenfalls geplant!**  
Infos unter Tel.: 01/524 63 10

Betriebsratswahlen beim ÖHTB

## AKTIVER BR gewählt

Ende September fanden beim Österreichischen Hilfswerk für Taubblinde/ÖHTB Betriebsratswahlen zu einem gemeinsamen Betriebsrat von ArbeiterInnen und Angestellten statt.

Das ÖHTB betreut Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen in Werkstätten, Wohngemeinschaften und anderen Wohnformen. Im ÖHTB arbeiten über 300 Menschen, größtenteils BehindertenbetreuerInnen. In der Branche der Gesundheits- und Sozialberufe kämpfen die Beschäftigten seit vielen Jahren für einen guten Kollektivvertrag. Der Arbeitsalltag ist insgesamt von einer geringen sozialen Absicherung der Beschäftigten geprägt. Bei den Betriebsratswahlen im ÖHTB kandidierte (als einzige) die unabhängige Liste AKTIV, die nun den siebenköpfigen Betriebs-

rat stellt. Auf der Liste kandidierte auch SLP-Gewerkschaftssprecher Michael Gehmacher. Gehmacher hat sein Mandat, gemeinsam mit einem zweiten Betriebsratskollegen, für den GLB deklariert. Wichtig für die Betriebsratsstätigkeit wird, neben einer konsequenten Vertretung der KollegInnen, die Verbindung mit der Arbeit der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften. Dazu kommt noch die Verbindung mit anderen KollegInnen auf internationaler Ebene. Die Sozialistische Linkspartei gratuliert den KollegInnen zur erfolgreichen Wahl.



SLP-Gewerkschaftssprecher Michael Gehmacher wurde erneut in den Betriebsrat beim Österreichischen Hilfswerk für Taubblinde gewählt.



SLP beteiligt sich an den laufenden Kämpfen

Mitglieder der SLP beteiligten sich im letzten Monat an einer Reihe von Aktivitäten gegen Angriffe von Regierung und Unternehmen auf ArbeitnehmerInnen. Wir unterstützten die KollegInnen bei der Voest, ÖBB und AUA mit internationalen Solidaritätserklärungen und Flugblättern und setzten Initiativen, um die Kämpfe durch einen gemeinsamen Streiktag aller betroffenen Bereiche auszuweiten und zu verbinden. Bei allen Streikaktionen der PilotInnen und FlugbegleiterInnen waren Mitglieder unserer Partei anwesend. Bei der Menschenkette in Linz am 4. September wie auch bei der

Kundgebung des ÖGB vor der ÖIAG Zentrale in der Kantgasse gegen die Voest Privatisierung haben wir uns aktiv beteiligt. Viele KollegInnen machten gegenüber uns deutlich, dass der ÖGB viel früher handeln hätte müssen und ein Streik nötig gewesen wäre um den Verkauf zu stoppen. Die Veranstaltung der von der SLP initiierten "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" anlässlich des ÖGB Kongresses war mit 60 TeilnehmerInnen gut besucht. Beim ÖGB Kongress verabschiedeten Mitglieder der SLP mehr als 100 Ausgaben des VORWÄRTS.



Neue Broschüre der SLP:

Krise des Kapitalismus  
**Wer soll das bezahlen?**  
Sozialistische Antworten auf Sozialabbau und Armut

AS, 56 Seiten, EUR 4,- inkl. Versand

Die Broschüre wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

**Die ArbeiterInnenklasse:  
ArbeiterInnen, Angestellte, BeamtInnen,  
Prekär-Beschäftigte, Arbeitslose**

# Fünf Finger kann man brechen. Fünf Finger bilden eine Faust!



Beim zweiten eintägigen Streik des AUA-Bordpersonals am 15. Oktober richtete ein Pilot einen Appell an seine KollegInnen. Die Solidarität sei das Wichtigste, nur gemeinsam könne man etwas erreichen. Er selbst hatte sich geweiht, beim ersten ganztägigen AUA-Streik am 11. Oktober den Streik zu brechen und hatte die Maschine nach Amsterdam, die bereits zum Abflug bereit war, gemeinsam mit der Crew verlassen. Bei einer anderen Maschine in Linz/Hörsching hatte die leitende Flugbegleiterin gemeinsam mit dem Co-Piloten einen Streikbruch verhindert. Solidarität und kollektive Aktion sind seit über hundert Jahren Eckpunkte der ArbeiterInnenbewegung gewesen. In Österreich wurde durch den AUA-Streik bewiesen, wie aktuell diese Fragen heute am Beginn des 21. Jahrhunderts sind.

VON SONJA GRUSCH, SLP-WIEN NORD

Hier ArbeiterInnen, die ihre Rechte verteidigen und auf Solidarität setzen. Dort das superreiche Management, welches Löhne kürzt, die Belegschaft spaltet und Streikbrecher engagiert. Sind das nicht veraltete Bilder? Ist nicht heute alles ganz anders, viel individueller, freier, bunter? AUA-PilotInnen und FlugbegleiterInnen (auch wenn sie für viele nicht ins Bild des klassischen Arbeiters passen) beweisen, dass die Welt auch heute von den Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit beherrscht wird. Natürlich hat sich in den letzten 150 Jahren viel verändert. Die ArbeiterInnenbewegung konnte Verbesserungen erkämpfen. Der technische Fortschritt hat die Strukturen der Wirtschaft laufend verändert. Es gäbe keine ArbeiterInnenklasse mehr, weil es heute kaum noch ArbeiterInnen gibt, wird oftmals behauptet. Doch tatsächlich war der Anteil jener Menschen, die "nichts zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft" noch nie so groß wie heute. Ob man diese Menschen letztlich ArbeiterInnen, ProletarierInnen, Lohnabhängige, Angestellte oder ArbeitnehmerInnen nennt, ändert nichts an dieser Umstand. Auch die Angriffe, denen heute ein Eisenbahner, eine Sekretärin oder ein Programmierer ausgesetzt sind, laufen gleichförmig ab: Mehr Arbeit in weniger Zeit, sinkendes Realeinkommen und die ständige Drohung (auch wenn sie nicht immer offen ausgesprochen wird) den Arbeitsplatz zu verlieren, wenn man den Verschlechterungen nicht zustimmt. Alle strukturellen Merkmale kapitalistischer Herrschaft haben sich hartnäckig gehalten. Das gilt für die besondere Unterdrückung von Frauen; auch in der Arbeitswelt. Wie vor hundert Jahren verdienen Frauen wesentlich weniger als ihre männliche Kollegen und werden auf unterqualifizierte Tätigkeiten reduziert. Rassistische Diskriminierung von MigrantInnen und Asylsuchenden am Arbeitsmarkt, bei Sozialleistungen und Löhnen, ist ebenso fester Bestandteil der Profit-Gesellschaft.

TEILE UND HERRSCHE

Sexistische und rassistische Unterdrückung, aber auch z.B. die Trennung in ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen, werden bewusst aufrechterhalten, um die gemeinsamen Interessen der gesamten Klasse zu verdecken. Ein weiteres ideologisches Mittel ist die Ideologie "Wir, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sitzen alle im selben Boot". Beim AUA-Streik arbeitete das Management massiv mit diesen Methoden der Spaltung. Mit Erfolg wurden Teile des Bodenpersonals für die Interessen der Aktienbesitzer und des Managements instrumentalisiert und ein gemeinsamer Kampf verhindert. Diese Ideologie ("Wir sitzen alle im selben Boot") ist durch das überkommene System der österreichischen Sozialpartnerschaft tief in den Köpfen verwurzelt. Doch heute ist die Sozialpartnerschaft tot. Die Angriffe der letzten Jahre - Abbau des Sozialstaates, Reallohnkürzungen, erhöhter Druck am Arbeitsplatz - haben deutlich gemacht, wo die Trennlinien in unserer Gesellschaft liegen. Selbst die Spitze des ÖGB war gezwungen, zumindest kurzfristig mit klassenkämpferischen Tönen aufzutreten und zu Protesten aufzurufen. Karl Marx hat auf den im Kapitalismus unüberwindbaren Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit bereits vor 150 Jahren hingewiesen. Er hat analysiert, dass die KapitalistInnen für die Arbeitskraft, die sie kaufen, möglichst wenig zahlen wollen (also möglichst niedrige Gesamtlöhne/gehälter - inklusive aller Sozialversicherungsbeiträge). Er hat auch aufgezeigt, dass die ArbeiterInnen (egal ob ArbeiterIn, AngestellteR oder BeamtE) das Interesse haben, möglichst viel Einkommen für ihre Arbeit zu erzielen. Genau hier setzte die Entstehung der Gewerkschaften im 19. Jahrhundert an.

IN GEWERKSCHAFTEN ORGANISIEREN

Ursprünglich standen die ArbeiterInnen im Betrieb dem Unternehmer einzeln gegenüber. Dadurch waren sie leicht erpressbar und die Arbeitsbedingungen katastrophal. Daher schlossen sie sich zu Orga-

nisationen zusammen, die ihre Interessen gemeinsam vertreten und mit der sie gemeinsam für ihre Rechte kämpfen konnten. Gewerkschaften wurden deshalb von den Herrschenden verboten und verfolgt. Sie mussten ihre Existenzberechtigung in harten Auseinandersetzungen erkämpfen. Heute versuchen Unternehmer und Regierung, das Rad der Geschichte weit zurück zu drehen. Sie erkennen dabei in den Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen ihre "natürlichen Gegner". Weltweit werden

für den gesamten Konzern. Management und Regierung haben die Bedrohung erkannt, die von einem Erfolg der AUA-KollegInnen für sie ausgehen würde. Der Staat hat mit dem Verbot einer Betriebsversammlung per einstweiliger Verfügung einen Vorgesmack auf künftige Maßnahmen gegen ArbeiterInnen und soziale Bewegungen geliefert. Leider fehlt der Gewerkschaftsführung diese Konsequenz der Gegenseite: ÖGB-Präsident Verzetnitsch meinte auf die Frage, wie er sich selbst im AUA-Konflikt de-

**Alle STREIKBRECHER  
werden auf einer  
LISTE veröffentlicht!**

Aufgenommen beim AUA-Streik im Oktober 2003. PilotInnen ist nichts verboten: Außer Streikbruch!

GewerkschafterInnen verfolgt und ermordet. Auch in Europa versuchen Unternehmer und Staat, in Arbeitskämpfen mit Repression einzugreifen und zu drohen. In Britannien wurden GewerkschaftsführerInnen eingesperrt und Streikgelder beschlagnahmt. Im Zuge des IG-Metall-Streiks 2003 in Ostdeutschland gab es scharfe Angriffe auf die Gewerkschaften: Der "liberale" Spiegel titelte mit "Der Wahnsinnsstreik". Guido Westerwelle von der FDP erklärte, dass es "um die Entmachtung der Gewerkschaftsfunktionäre" gehe. Die österreichische Bundesregierung vertritt exakt diese Linie. Bei den Plänen für das neue schlechtere ÖBB-Dienstrecht geht es vor allem darum, den Gewerkschaftseinfluss auszuhebeln. Denn haben die Gewerkschaften weniger Einfluss, dann müssen die Beschäftigten ihre Arbeitsbedingungen selbst ausverhandeln und sind leichter erpressbar. Im FPÖVP-Regierungsabkommen sind daher "Flexibilisierungsmöglichkeiten" geplant, die "auf betrieblicher Ebene ... (und) ... in Einzelvereinbarungen" ermöglicht werden. Genau gegen diese Politik richtete sich der AUA-Streik mit seiner Forderung nach einem Kollektivvertrag

finitiert: er sehe sich "als Vermittler". Gewerkschaften sind aber keine Vermittlungsorgane zwischen Unternehmer und ArbeitnehmerInnen. Sie sind auch keine Servicevereine, sondern Kampforganisationen. Das gilt heute mehr denn je.

HANDELN STATT REDEN

Viele Diskussionen wurden und werden darüber geführt, wie Veränderungen erreicht werden können. Die Vorschläge reichen von "Beten für den Weltfrieden" über "Unterschriften gegen das AKW-Temelin" bis zu "bei der nächsten Wahl eine andere Partei (oder gar nicht) wählen". Es gibt unzählige guter Vorschläge gegen die Umweltzerstörung, gegen den Hunger und für soziale Gerechtigkeit auf der Welt. Nur umgesetzt werden sie nicht. Das liegt allerdings nicht daran, dass es bessere Argumente für andere Vorschläge gibt. In der Debatte um die Pensionsreform wurde das sehr deutlich: Ein soziales Pensionssystem gibt es deshalb nicht, weil es eine Umverteilung von Oben nach Unten bedeuten würde - also nicht besonders gewinnbringend ist. Deshalb wurde eine "Reform" beschlossen, die Pensionen

massiv kürzt, Unternehmer entlastet und private Versicherungskonzerne mit 9,5 Prozent staatlicher Prämie aus Steuergeldern sponsert. "Gut" ist eben nicht für jeden gleich gut. Weil es Widersprüche gibt, die nicht unter einen Hut zu bringen sind. Es gibt nicht die objektiv richtige Wahrheit. Es gibt vielmehr Maßnahmen, von denen entweder die Beschäftigten oder die UnternehmerInnen bzw. spezielle Gruppen davon profitieren. Zu glauben, beide könnten gleichermaßen profitieren, führt in die Sackgasse. Wenn aber die Interessen unterschiedlich sind, bleibt die Frage, wie die ArbeiterInnen ihr Streben nach besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen durchsetzen können? Eine Menschenkette hat die Vost-Vollprivatisierung nicht verhindert. Ein Sozialstaats-Volksbegehren hat den Sozialabbau nicht gestoppt. Der Irak-Krieg fand trotz wichtiger Friedensdemonstrationen statt. Wir lehnen all diese Aktionen nicht ab, sondern beteiligen uns - sie müssen aber bilanziert werden. Und wenn sich herausstellt, dass sie nicht reichen bzw. gerecht haben, dann müssen sie ergänzt werden. Die ArbeiterInnenklasse hat den Streik als sehr effektives Kampfmittel entwickelt. Aber von Seite der ÖGB-Führer wurde Streik immer als "überholt" dargestellt. Heute gäbe es "bessere" Methoden. Wir fragen allerdings: Welche? Derzeit greift vor allem die Unternehmer- und Regierungsseite zu den Methoden des "traditionellen Klassenkampfes", die viele nur mehr aus Geschichtsbüchern zu kennen glaubten: mit Aussperrungen, Entlassungen, staatlicher Repression, Streikbrechern und Anti-Gewerkschaftshetze. Es ist ein Fehler, dass auf dem ÖGB-Bundeskongress die Kämpfe gegen Pensionsraub und VOST-Rest-Privatisierung nicht ernsthaft bilanziert wurden. Im Juni ist die Gewerkschaft auf halbem Weg stehen geblieben und hat der bereits geschwächten Regierung wieder das Ruder überlassen. Im September wurde der Arbeitskampf zugunsten des SPÖ-Wahlkampfes zurückgenommen. Auch in Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, liegt die Arbeitslosenquote bei 13 %. Im September hat die Arbeitslosigkeit den höchsten Wert seit 20 Jahren erreicht und gleichzeitig will die Regierung die Notstandshilfe abschaffen. Mit den bisherigen Methoden werden wir die drohende Gesundheitsreform, die Zerschlagung der ÖBB und die folgenden Angriffe nicht abwehren können. Wir können es uns nicht mehr leisten, mit untauglichen Waffen zu kämpfen!

#### (GEGEN-)MACHTFAKTOR

Jeder einzelne ArbeiterIn ist schwach - aber zusammen stellen sie eine unglaubliche Macht dar. Wenn sie streiken erscheint keine Zeitung, fahren keine Straßen- und Eisenbahnen, es werden keine Güter transportiert, und es wird nichts produziert, in den Schulen wird nicht unterrichtet und es hebt kein Flugzeug ab. Davor haben die Herrschenden und die UnternehmerInnen Angst. Bei einem Streik verlieren sie nicht nur Geld, sondern den bisher "kleinen Leuten" wird klar, dass sie (im Gegensatz zu dem, was ihnen immer erzählt wird) nicht unwichtig und ohnmächtig sind. Sondern dass es eigentlich die ArbeiterInnen sind, die in unserer Gesellschaft die neuen Werte schaffen und das ganze Werk "am Laufen halten". Die gemeinsamen Erfahrungen in einem Arbeitskampf schaffen Selbstbewusstsein und ein kritisches Bild der herrschenden Zustände. Die Lügenpropaganda in den Zeitungen über den eigenen Streik weist darauf hin, dass man selbst bei anderen Berichten nicht alles glauben sollte. Und die Tricks des Managements machen deutlich, dass man diesem besser nicht traut. Streiks waren nicht zufällig ein wichtiger Schritt bei revolutionären Veränderungen. Sie sind Ausdruck für Unmut und Widerstand und eine "Kriegsschule für die ArbeiterInnenklasse", wie es Friedrich Engels genannt hat. Er hat damit gemeint, dass die ArbeiterInnen in diesen Kämpfen einerseits die Funktionsweise des Kapitalismus erkennen, andererseits auch ihre eigene Stärke erfahren. Tatsächlich ist die ArbeiterInnenklasse heute die einzige Kraft in der Gesellschaft, die diese wirklich grundlegend zum Besseren verändern kann. Alle Verbesserungen der Arbeits- und Lohnbedingungen hat sich die ArbeiterInnenbewegung erkämpft müssen. IMMER gab es die Argumente, es wäre nicht finanzierbar, würde zum Bankrott führen etc.. Die Massendemonstrationen gegen den Irak-Krieg haben nicht gereicht, weil sie den Herrschenden nur Prestige, aber nicht

Geld gekostet haben. Eine internationale Streikbewegung hätte den Krieg viel eher stoppen können. Ebenso ist es bei den Angriffen der "eigenen" Regierung oder von Unternehmensführungen.

#### EINE ANDERE WELT IST NOTIG, EINE SOZIALISTISCHE WELT IST MÖGLICH!

Von den 4,7 Milliarden Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern haben 800 Millionen chronisch Hunger, 1 Milliarde kein Dach überm Kopf und 1,3 Milliarden kein sauberes Trinkwasser. Umweltschutz bleibt ein Lippenbekenntnis und kriegerische Handlungen nehmen ebenso zu wie Gewalt als Antwort auf die Perspektivlosigkeit. Weiter aufzuzählen, warum der Kapitalismus gescheitert ist, erübrigt sich. Dazu reicht ein Blick in eine x-beliebige Tageszeitung. Immer mehr Menschen stellen sich die Frage nach einer Alternative zum Kapitalismus. Sie wünschen sich eine bessere und gerechtere Welt. Eine Welt, in der nicht Geld regiert und in der es eine Zukunft ohne Krieg und Umweltzerstörung gibt. Wir nennen eine solche Welt eine sozialistische Welt. Mit den Systemen in Osteuropa und der Sowjetunion hat das wenig zu tun. Das waren stalinistische Diktaturen - in einer sozialistischen Gesellschaft sind die Bedürfnisse der Menschen das wichtigste und ist umfassende ArbeiterInnen-De-

mokratie ein Grundprinzip. Aber wie können wir eine solche Gesellschaft erreichen? Der Sturz des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems wird nicht durch den Putsch einer Minderheit passieren und auch nicht durch eine Volksabstimmung. Die Herrschenden werden ihre Privilegien, ihren Reichtum und ihre Macht nicht freiwillig hergeben. Sie werden sich nicht einfach abwählen lassen. Daher ist eine Revolution notwendig. Eine sozial-

werden. Aber die entscheidende, treibende und kollektive Kraft kann nur von der ArbeiterInnenklasse kommen. Sie ist jene Klasse in der Gesellschaft, die Notwendigkeit und Möglichkeit mit sich bringt, Sozialismus zu erkämpfen. Und das nicht nur wegen der zahlenmäßigen Stärke, sondern v.a. aufgrund der Erfahrungen mit kollektiver Arbeit und Organisation. Es mögen vielleicht manche Begriffe und Formulierungen veraltet erscheinen - aber die

“ Mit den bisherigen Methoden des ÖGB werden wir die drohende Gesundheitsreform“, die Zerschlagung der Bundesbahnen und nachfolgende Angriffe nicht abwehren können. Wir können es uns nicht mehr leisten, mit untauglichen Waffen zu kämpfen! ”

istische Revolution ist ein Prozess, bei dem die ArbeiterInnenklasse die Macht ergreift. Einzig die ArbeiterInnenklasse ist auch zahlenmäßig und aufgrund ihrer Erfahrungen in kollektiven (Klassen-)Kämpfen in der Lage, dieses Ziel zu erreichen. Dies steht im Gegensatz zu Vorstellungen einer "Zivilgesellschaft", die "über Klassengrenzen hinweg eine andere Welt erschaffen könne". Wir meinen, dass auch andere Teile der Bevölkerung - sogenannte Intellektuelle, Studierende, Kleingewerbetreibende - unvermeidlich Teil einer solchen Revolution sein

grundsätzliche Analyse über die Rolle und die Fähigkeiten der ArbeiterInnenklasse ist nach wie vor richtig. Es zeigt sich täglich aufs neue: bei der Solidarität der AUA-Streikenden, bei den von Kündigung betroffenen Phillips-Beschäftigten, beim Widerstand der ÖBBlerInnen. Die SLP ist Teil dieser Kämpfe bzw. unterstützt sie. Es ist höchste Eisenbahn, dass die ArbeiterInnenklasse (auch wenn sie sich selbst nicht immer so nennt) beginnt, sich zu wehren und für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen.

## Das Streikrecht muss erkämpft werden!

*Errungenschaften und Niederlagen der ArbeiterInnenklasse spiegeln sich historisch immer schon auf der Ebene der Justiz wieder: Das allgemeine Wahlrecht, der Achtstundentag, die Sozialgesetzgebung wurden eingeführt, als die ArbeiterInnenklasse kampfbereit und gut organisiert waren. Als die Kampfkraft der ArbeiterInnenbewegung nachließ, installierten die Herrschenden mit der Bundesverfassungsnovelle 1929 erstmals einen Präsidenten mit umfassenden Notverordnungsrechten.*

VON PIA ABEL, SLP WIEN-MITTE

Recht ist immer das Recht der Herrschenden. Das Lehnswesen hatte seine rechtlichen Konstruktionen und so hat es auch der Kapitalismus. Dies beginnt mit der Installation des Privateigentums und dem Pfandrecht und hört auf beim Erbrecht - alles das sind rechtliche Grundvorsetzungen, um Kapital zu akkumulieren und möglichst den eigenen Kindern weiterzuvererben. Der Vollziehung und Sicherung dieser Institutionen dient einerseits die Rechtsprechung, für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung andererseits die Verwaltung.

#### ALLE MENSCHEN SIND GLEICH?

Zentral für die bürgerliche Ideologie ist das Modell des Vertrages. Voraussetzung für sein Zustandekommen ist - laut Lehrbuch - die Übereinstimmung zweier Willenserklärungen. Das bürgerliche Recht geht hierbei davon aus, dass der Wille beider Parteien frei gebildet wird. Vollkommen ausgebildet wird hierbei die Realität der zwischenmenschlichen Beziehungen - diese sind geprägt von realen Abhängigkeiten: Lohnabhängige haben einen anderen Verhandlungsspielraum für das Zustandekommen ihres Arbeitsvertrages. Konsumenten andere Spielräume für den Kaufvertrag, den sie mit dem REWE-Konzern beim Billa - Einkauf abschließen. Kollektivverträge, Mieterschutz, Konsumentenschutz sind durch die ArbeiterInnenbewegung erkämpft worden, um diese mangelnde Verhandlungsmacht zumindestens zu mildern.

#### STREIK MACHT MENSCHEN "GLEICHER"

Die einzige Situation, bei der bei Lohnverhandlungen und im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen das Kräfteverhältnis der "Vertragsparteien" stärker ausgeglichen wird, ist ein Streik. Eine gut gefüllte Streikmasse und gut organisierte, kämpferische Streikende verfügen durchaus über eine viel bessere Verhandlungsposition, als Arbeitnehmer im Normalfall: Das ist der Grund, warum trotz kapitalistischer Krise der Achtstundentag eingeführt wurde und Unternehmer "trotz immer enger werdender wirtschaftlicher Spielräume" dazu gebracht werden konnten, in die Sozialversicherung einzuzahlen.

#### GIBT ES EIN RECHT AUF STREIK?

In Zeiten der Sozialpartnerschaft wurde auf das Mittel des Streiks verzichtet. Der ÖGB erklärte gemeinsam mit der Unternehmenseite Streiks als überholt und überflüssig. Auf ein Streikrecht wurde deshalb von beiden Seiten verzichtet - warum etwas regeln, dass es nicht gibt? Die Zeiten haben sich geändert. Überall wird die Krise des Kapitalismus genutzt, um Errungenschaften abzuschaffen. Lang erkaufte Regelungen werden durch die neoliberale Offensive in allen Bereichen zurückgenommen: Die Zerschlagung des Pensionssystem, die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, das Ende des freien Hochschulzugangs, usw. sind nur einige von zahlreichen Bereichen, in denen "Reformen" für Verschlechterungen für die Menschen gesorgt haben. Um diese Errungenschaften zumindestens zu erhalten, wenn nicht sogar neue zu erkämpfen, wäre es im-

mer öfter notwendig, dass wir streiken. Das Recht auf Streik muss (zurück-)erobert werden!

#### DAS NEUE "STREIKRECHT" - INTERPRETATIONSSPIELRÄUME

Unternehmer haben bei einem Streik meistens die Medien und damit die öffentliche Meinung auf ihrer Seite. Auch das Justizwesen ist kein Garant dafür, dass die Schwächeren gestärkt werden. Im Gegenteil: Je schärfer der Wind des Klassenkampfes um die Ohren pfeift, desto mehr werden die bewährten "Vertragskonstruktionen" wieder angewandt. In Zeiten der Sozialpartnerschaft wurde die Rechtslage hauptsächlich so interpretiert, dass der Staat sich neutral gegenüber den Arbeitskämpfen verhalten muss - eine der wenigen klaren Regelungen im Gesetz, die den Streik berücksichtigt, ist ein Verbot des Streiks von AMS in vom Arbeitskampf betroffene Gebiete. Eine zustellfreundige RichterIn, die mit einer Einstweiligen Verfügung, die sie persönlich überreichte, eine Betriebsversammlung der AUA-Beschäftigten illegalisierte, zeigte dass es auch weniger neutral geht: Die Justiz hat Interpretationsspielräume: Jeder Streik, jede Betriebsversammlung während der Arbeitszeit ist betriebsschädigend. Das Wesen des Arbeitskampfes ist, dass er betriebsschädigend ist. Sowohl das Arbeitsverfassungsrecht als auch die Schadenersatzkonstruktion bei der Verletzung des Arbeitsvertrages, sehen vor, dass RichterInnen entscheiden, wann Kämpfe am Arbeitsplatz so betriebsschädigend sind, dass sie rechtliche Konsequenzen für die Streikenden nach sich ziehen. Das ist einerseits abhängig vom richterlichen Ermessen und andererseits abhängig vom wirtschaftlichen Schaden, den ein Streik in einer Branche überhaupt verursachen kann. Der Umgang mit Streiks und deren rechtliche Konsequenzen wird davon abhängen, wie der einzelne Richter/die einzelne RichterIn dies bewerten. Verlassen wir uns nicht auf sie!



# Patente, Profite, Piraterie

Um Profitinteressen einzelner Konzerne gegen andere abzusichern werden Entdeckungen, Erkenntnisse und Erfindungen patentiert. Im Kapitalismus dient Wissen nur den Profitinteressen einiger weniger. Dagegen stellen SozialistInnen das Recht der Menschheit auf Ihr kollektives intellektuelles Erbe: Alles Wissen allen!

VON WOLFGANG FISCHER,  
SLP WIEN-MITTE

Die Globalisierung der Märkte und der damit verbundene verstärkte Konkurrenzkampf im Kapitalismus haben in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts international eine Flut von Patentanmeldungen ausgelöst. Der "global player" USA hat sein Patentrecht schon stark ausgeweitet: nicht nur "traditionelle" Technologien und Produktionsmethoden, sondern auch Software, Gene oder Geschäftsmethoden sind mittlerweile patentierbar und somit für Jahre gesetzlich geschützt. Alleine bis Ende 2000 waren weltweit rund 25.000 Genpatente angemeldet, die auf dem menschlichen Erbmateriale (DNA) aufbau-

## HANDLANGER DES KAPITALS

IWF, WTO und Weltbank sind zentrale Institutionen, um imperialistische Interessen weltweit durchzusetzen. Sie funktionieren im Interesse multinationaler Konzerne, wenn es um den Diebstahl natürlicher Ressourcen geht. Um Kredite zu bekommen, werden seit den 70er Jahren unterentwickelten Ländern Struktur Anpassungsprogramme aufgezwungen. Diese Form der Kreditvergabe fordert weitgehende Liberalisierungen der Rohstoff-, Arbeitskraft- und Absatzmärkte. Seither hat sich die Spirale aus Abhängigkeit und Neuverschuldung der 3. Welt verstärkt, die Zunahme von Armut, Umweltzerstörung und Epidemien sind die Kehrseite westlicher "Entwicklungshilfe".

## GENERIKA UND AIDS

Durch den günstigen Nachbau von Medikamenten (Generika) versuchten Länder wie Brasilien oder Südafrika weitverbreitete

Infektionen und Krankheiten zu bekämpfen. Zur Zeit sind mehr als 42.000.000 Menschen von HIV/AIDS betroffen, 30 Millionen allein in Afrika. Angesichts dieser humanitären Katastrophe war der Druck auf Pharmakonzerne enorm, Teile des Patentrechts aufzuweichen. Viele Betroffene können sich aber auch 28 US\$ pro Monat für HIV-Generika nicht leisten.

## WELCHE ALTERNATIVE?

Nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die Erzielung von Profiten für eine Handvoll Kapitalisten steht heute im Zentrum des Systems. Der einzige Weg, allen Menschen ausreichend Nahrung, Wohnen, Gesundheitsversorgung und Bildung zu gewährleisten, liegt in einer kollektiven, demokratischen und solidarischen Produktionsweise. Weg mit der Macht der Banken und Konzerne, gemeinsam und international für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen!



**Führende SozialistInnen empfehlen:**

**„Das musst Du gelesen haben!“**

Mit diesem Bild in weiß  
eine sozialistische Welt zu schaffen  
die Freiheit und Unabhängigkeit bringt

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei  
40 Seiten, DIN A5  
EUR 3,00 inkl. Versand

Analyse der kapitalistischen Gesellschaft

Sozialistische Alternative  
Wie kann sie aussehen,  
wie kann sie erreicht werden?

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto  
PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

## Vom Ende der Volksstimme...

## ...zum Ende der KPÖ?

Häme ergoss sich in den bürgerlichen Glossen über die Niederlage der KPÖ gegen die deutsche "Treuhand". Ob dem Aus für die Volksstimme auch noch das Ende der Partei folgt, wird sich zeigen. Das Urteil gegen die KPÖ war ohne Zweifel ein Klassenurteil. Doch der Schlag des deutschen Staates erschüttert die Partei aus anderen Gründen bis ins Mark.

VON JOHN EVERS,  
SLP WIEN-NORD

Auch die letzte Nummer der Volksstimme demonstrierte, wie es um die Partei politisch bestellt ist: Innerparteiliche GegnerInnen werden öffentlich diffamiert. Selbstbeweihräuchernd und vernehmend stellt sich das Blatt als - nun eingestelltes - Organ aller sozialen Bewegungen in Österreich dar. Und ein Artikel über die Geschichte der KPÖ unterstellt dieser einen "linksozialistischen Kurs" in den 50er und 60er Jahren - der Zeit der Niederschlagung der ungarischen Revolution (1956) und des Prager Frühlings (1968). Auch im Zusammenhang mit dem für die KPÖ so weitreichenden Urteil haben Partei und Volksstimme bis heute kein einziges selbstkritisches Wort gefunden. Die Fragen liegen trotzdem offen: Hat die KPÖ nicht

einzig ihrem Stalinismus den einzigen Reichtum zu verdanken? Wie setzte sie ihr Wirtschaftsimperium im Dienste der ArbeiterInnenbewegung ein, wenn es Menschen gab, die sich daran eine goldene Nase verdienten? Die KPÖ erhebt in der letzten Nummer der Volksstimme den Anspruch, heute dort zu stehen, wie bei ihrer Gründung 1918. Doch die Kommunistische Partei war damals eine revolutionäre Partei, welche sich den Sturz des Kapitalismus und den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft auf ihre Fahnen geheftet hatte. Davon spiegelt sich nach 60 Jahren Stalinismus und 10 Jahren "Erneuerung" in der KPÖ heute kaum mehr etwas wider. Das ist, obwohl die Partei immer noch über wesentlich bessere Ressourcen als die KommunistInnen 1918 verfügt, das wirkliche Problem der KPÖ.

## kalender+veranstaltungskalender+veran

### Die SLP im Oktober & November\*:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ unten entnehmen.

Freitag, 31. Oktober, ab 19.00

**Sind SozialistInnen die besseren Grünen oder ist Sozialismus Umweltzerstörung?**

Mit Rüdiger Maresch - Umweltsprecher der Wiener Grünen  
SLP-Ortsgruppe Wien-Nord  
(Achtung Termin gegenüber Homepage geändert)

Montag, 3. November, 18.00 Uhr

**„Panthers“- Film über die Black Panthers, SWI Wien**

Mittwoch, 12. November, ab 19.30 Uhr

**Der AUA-Streik hat es gezeigt: Unabhängige Medien sind nötig**  
Die Rolle der Zeitung Vorwärts im Blätterwald  
SLP-Ortsgruppe Wien-West

Donnerstag, 13. November, ab 19.30 Uhr

**FPÖ am Zerbrechen - Untergang des Rechtsextremismus?**  
Ist der Rechtsruck verpufft - oder wer konnte davon profitieren?  
SLP-Ortsgruppe Wien-Margareten

Mittwoch, 26. November, ab 19.00 Uhr

**ÖGB ist mehr als Verzetnitsch & CO**  
Eine Klassenkämpferische Opposition muss aufgebaut werden  
SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

### Die SLP-Treffpunkte:

#### SLP-ORTSGRUPPE WIEN-WEST

Jeden Mittwoch um 19.30 Uhr, Club International, 16., Payerg. 14

#### SLP-ORTSGRUPPE WIEN-MARGARETEN

Jd. Donnerstag 19.30 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

#### SLP-ORTSGRUPPE WIEN-MITTE

Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiflgasse 8

#### SLP-ORTSGRUPPE WIEN-NORD:

Jeden Freitag, 19.00 Uhr, "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

#### SLP-LINZ:

Jeden Samstag, 19.00 Uhr "Alte Welt" (Hauptplatz)

#### SLP-SALZBURG

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

#### SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN (WIEN):

Treffen und Themen bitte erfragen: slp@slp.at oder (01) 524 63 10

### Die SWI-Treffpunkte:

#### SWI IN WIEN

Jeden Montag um 18.00 Uhr, Amerlinghaus, Wien 7, Stiflgasse 8

#### SWI IN SALZBURG

Jd. Di. 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

\* weitere Treffen bitte erfragen

**VORWÄRTS** ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

**VORWÄRTS** ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

**VORWÄRTS** ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

**Abonnement bestellen:**  
Tel.: 01/524 63 10

### NIGERIA - ÖLPREISERHÖHUNGEN GEGENSTREIK

Einen Erfolg konnte die nigerianische ArbeiterInnenklasse erkämpfen. Einen Tag vor dem Beginn des unbefristeten Generalstreiks gegen die 15 prozentige Erhöhung des Ölpreises, zu dem der Nigerianische Gewerkschaftsbund NLC aufgerufen hatte, zog die Regierung die Erhöhungen zurück. Im Juli hatte es bereits einen Generalstreik gegeben, der das Land für acht Tage lahmgelegt hatte. Das DSM, Democratic Socialist Movement (CWI in Nigeria), spielte eine Schlüsselrolle im Aufbau der Streikbewegung. Segun Sanjo, Mitglied des DSM war im natio-



Kampf gegen Müll-Gebühren in Irland. Parlamentsabgeordnete im Gefängnis

### Neues aus dem CWI

[www.worldsocialist-cwi.org](http://www.worldsocialist-cwi.org)

nenalen Streik-Komitee vertreten, weitere Mitglieder des DSM waren Streikkoordinatoren in zwei der vier Bezirke in Lagos, der größten Stadt Nigerias. Das CWI fordert die Freilassung der sechs Gewerkschaftsaktivisten und Streikführer, die im Rahmen der Streikvorbereitungen verhaftet worden waren!

### POLEN - CWI AUFBAUEN

In der polnischen ArbeiterInnenenschaft wächst die Unzufriedenheit, im Sommer und Herbst gab es bereits eine Reihe von Streiks und Protesten. An der Spitze der Proteste stehen zur Zeit die schlesischen Bergarbeiter die gegen die Schließung von vier Minen kämpfen. Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) steht derzeit mit einer Gruppe von Marxisten in Polen in Diskussion mit der Perspektive einer möglichen zukünftigen Zusammenarbeit. Mitglieder dieser Gruppe waren bei den Protesten und Demonstrationen aktiv und besuchten Arbeiter einer Fabrik für Zugwaggons, die die Fabrik, die vor der Schließung steht, besetzten.

### DEUTSCHLAND SCHÜLERINNENSTREIK

"Wehrt euch leistet Widerstand gegen den Sozialkassenschlag im Land" war das Motto des Schülereinsatzes am 20.10. in Kassel. 1.500 SchülerInnen und BerufsschülerInnen streikten gegen den Sozialabbau auf Landes- und Bundesebene - trotz Repressionsandrohungen seitens DirektorInnen und LehrerInnen. Das Schulamt gab Anweisungen den Streik zu unterbinden. Das "Jugendaktionskomitee gegen Sozialkassenschlag (JGS)" gegründet auf Initiative der SAV, der deutschen SLP-Schwesterpartei, von widerstand international und der DGB Jugend Nordhessen, hatte zum Streik aufgerufen. Im Vorfeld organisierte das JGS Infoveranstaltungen an mehreren Schulen. Die Mitglieder der SAV, verbanden den Streik bewusst mit den Kürzungen bei BeamtInnen, ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen. Die Forderung nach einem Generalstreik wurde mit lautem Applaus bejubelt.

# Nicht einmal Gefängnis kann Clare & Joe stoppen

Seit über drei Jahren kämpft unsere irische Schwesterpartei "Socialist Party" in der Hauptstadt Dublin gegen die Einführung sozialer Steuern und Gebühren. Nach der erfolgreichen Kampagne gegen Wassersteuern, steht nun die "Bin Tax" - eine Müllgebühr - im Zentrum der Auseinandersetzung.

JAKOB UNTERWURZACHER,  
SLP-WIEN NORD

Nach massenhaften Zahlungsverweigerungen hat die Regierung nun angeordnet, nur mehr den Müll abzuholen, für den auch die Gebühr entrichtet wurde. Die gewählten VertreterInnen der ArbeiterInnenklasse - Parlamentsabgeordneter Joe Higgins und die Abgeordnete Clare Daly - werden ins Gefängnis geworfen. Der Kampf eskaliert weiter. Unter dem Motto "Allen oder keinen Müll" wurden Müllautos besetzt, Straßenzüge blockiert, Massenproteste organisiert und schließlich Streikposten aufgestellt. Durch die breite Solidarisierung in der Bevölkerung versuchte die Regierung schließlich, die Proteste mit Verhaftungen der Organisatoren zu schwächen. Joe Higgins und viele weitere AktivistInnen der "Socialist Party" sitzen zur Zeit der Artikelstellung im Gefängnis.

### HINTERGRÜNDE

Die Regierung der Republik Irland ist eine rechtsgerichtete Koalition, die sämtliche Wahlversprechen gebrochen hat. Sie fährt einen harten, neoliberalen Kurs, der den Lebensstandard der Arbeitenden Menschen gefährdet. Die vielen Maßnahmen des Sozialabbaus haben die Bevölkerung das wahre Gesicht der Regierung erkennen lassen - diese hat jeden Rückhalt in der Bevölkerung verloren. Mehr als 80% der Steuerlast wird jetzt schon von den ArbeiterInnen getragen. Die Müll-Gebühren stellen einen weiteren Schritt in der Umverteilung von unten nach oben dar. Was folgen wird, wenn die Müll-Gebühr durchgesetzt wird, ist die Wieder-

eingführung der Wassersteuer - Pläne für eine jährliche Mehrbelastung bis zu EUR 1.000 pro Kopf und Jahr liegen bereits in der Schublade. In Städten wie Limerick, wo die neue Müllgebühr durchgesetzt werden konnte, zeigten sich die langfristigen Ziele der Regierung. Die Bevölkerung bezahlte, die Müllabfuhr warf plötzlich Gewinne ab und konnte schließlich an Private verkauft werden. Das erwartet auch Dublin. Die Regierung argumentiert das alles zynisch - mit dem Verweis auf den Umweltschutz. Das Müllaukommen wird sich angeblich verringern, indem die Verursachung von Müll eben mehr kostet. Wenn man sich allerdings vor Augen führt, dass nur 1,5% des Mülls von Haushalten kommt und der Rest von Gewerbe und Landwirtschaft (die übrigens die niedrigsten Steuern in ganz Europa genießen), wirkt diese Argumentation mehr als lächerlich. Auch in Österreich sind derlei "Öko"-Steuern bekannt: Bei Energiesteuern wurden in der Vergangenheit die Masse der privaten Haushalte massiv belastet, während es für die Industrie großzügige Ausnahmen gab.

### DER KAMPF DAGEGEN

Tag 1-9: Am 10. 9. 2003 sollen erstmals die Mülltonnen all jener, die die Gebühr boykottieren, in einigen Bezirken Dublins nicht mehr geleert werden. Trotz Einschüchterungsversuchen der Polizei versammelten sich die betroffenen Anwohner auf den Straßen und hindern die Müllautos am weiterfahren, wenn diese nicht ALLE Mülltonnen ausleeren. Immer wieder werden Müllautos stundenlang festgehalten und KEINE Mülltonne wird ausgeleert.

Tag 10-19: Die Solidarität innerhalb der Bevölkerung wuchs stetig, als nun insgesamt 15 (davon 10 von der "Socialist Party") AktivistInnen (darunter Joe Higgins und Clare Daly, Sozialistische Abgeordnete) wegen Behinderung der Müllabfuhr verhaftet werden. Die Proteste gingen unvermindert weiter, international gibt es Protestkundgebungen vor den irischen Botschaften und Demonstrationen in Dublin gegen die Verhaftungen.

Tag 20-29: Weltweit unterschreiben PolitikerInnen und GewerkschafterInnen gegen die Verhaftung von Joe Higgins und Clare Daly und unterstützen den Kampf gegen die Müll-Gebühr. Die Regierung lässt noch mehr Menschen verhaften, diesmal auch einfache Anwohner, die die Zahlung verweigern und Müllautos blockieren. Die Menschen werden noch entschlossener in ihrem Kampf gegen die Regierung. Inzwischen stapelt sich der Müll auf den Straßen.

Tag 30-34: Langsam schalten sich die Gewerkschaften ein und eine massive Protestdemonstration gegen die Müll-Gebühr wird organisiert.

Tag 35: Es gibt einen ersten Verletzen. Ein Demonstrant wird von einem Müllauto angefahren und verletzt. Vor den Basisstationen (Depots) der Müllabfuhr werden Streikposten aufgestellt. 52.000 Mülltonnen werden nicht abgeholt. Es kommt zu Solidarisierungen mit den ArbeiterInnen der Müllabfuhr. Sie weigern sich trotz der Einschüchterungsversuche der Leitungsangestellten, Streikpostenketten zu durchbrechen. Sie bringen den Streikposten zu trinken, lassen sie ihre Toilettens benutzen. Durch Solidarität innerhalb der Streikposten werden mehrere Angriffe der Polizei abgewehrt.

Tag 36: Wieder werden alle Depots von Streikposten besetzt.

Wieder wird kein Müll abgeholt. Trotz Drohungen mit Lohnverlust, weigern sich die ArbeiterInnen der Müllabfuhr, Streikpostenketten mit den Müllautos zu durchbrechen.

Für den Tag 37 sind weitere Blockaden geplant. Man rechnet damit, dass die Regierung versuchen wird, wegen "Erregung öffentlichen Ärgernisses" Streikposten zu verhaften, doch das wird die Bewegung eher stärken als schwächen.

### FORTSETZUNG FOLGT

Man hat gesehen, wie organisierte Massenaktionen eine Regierung unter Druck setzen können. Politisches Bewusstsein wurde geschaffen - laut Umfragen wer-

den in ganz Dublin über 12% der Menschen die "Socialist Party" wählen, über 60% unterstützen die Kampagne. Ich wünsche den ArbeiterInnen in Irland noch viel Erfolg für die kommenden, entscheidenden Tage des Kampfes.

Aktuelle Infos unter:  
[www.socialistparty.net/bintax/](http://www.socialistparty.net/bintax/)

+++++  
**BREAKING NEWS:**  
Kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe des Vorwärts kamen Clare und Joe frei. Trotz Androhung weiterer Gefängnisstrafen betonen beide in ersten Presseinterviews: "Wir werden alles Nötige tun, das dazu beiträgt diese unsoziale Steuer zu Fall zu bringen."

### Schwarzenegger steht für rechte Politik

## Kein Stolz auf Arnie!

Eine Welle der Euphorie schwappte über Österreich als der Multimillionär, Republikaner und Doppelstaatsbürger Arnold Schwarzenegger zum "Governor" von Kalifornien gewählt wurde.

ORF, Krone, Regierung und Bundespräsident überschlugen sich in peinlichen Statements. Auch SPÖ und Grüne versuchten nicht einmal den Huldigungen für einen konservativen Politiker etwas entgegen zu setzen. Schwarzenegger ist zwar ohne eigentliches Programm gewählt worden. Hintergrund und Botschaften seiner "recall-campaign" verheißten allerdings nichts Gutes.

Am Beginn stand die Abwahlkampagne gegen den Demokraten Gray Davis, die von ultrarechten Kreisen - wie der "People's Advocate Group" - ins Leben gerufen wurde. Diese Gruppe hat schon in der Vergangenheit "Volksentscheide" gegen ArbeiterInnen und MigrantInnen initiiert. Den Hintergrund bildet das 38 Milliarden Dollar Budgetloch - die Folge des Zusammenbruchs der "dot-coms" und massiver Steuerkürzungen für das big business durch die Demokraten, die den Bundesstaat seit jeher regierten. Ein weiteres Element stellt die Energiekrise, hervorgerufen durch Privatisierung und Deregulierung, dar. Die beiden großen, kapitalistischen Parteien überboten sich in brutalen Ankündigungen für Sozialkürzungen um die Krise zu überwinden: 454 Millionen Dollar schlugen die Demokraten, 782 Millionen Dollar die Republikaner vor. Schwarzenegger wurde letztlich gewählt, weil er eine Kampagne führte diese "Politiker" insgesamt abzuwählen. Doch er wird versuchen seinen demokratischen Vorgänger punkto neoliberaler noch Politik zu übertrumpfen. Die konkreten Erfahrungen mit "Arnie", kombiniert mit den instabilen Mehrheitsverhältnissen im Bundesstaat, werden den Terminator sehr schnell entzaubern.

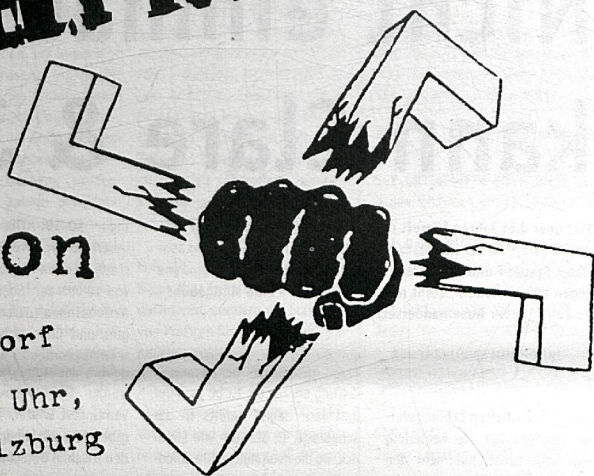
Unsere Schwesterorganisation hat bei der Wahl für den linken Grünen Peter Camejo aufgerufen, der immerhin 250.000 Stimmen erhielt.

# Fight racism! Fight fascism! Fight capitalism!

## Demonstration

8. November um 14 Uhr,  
Bahnhof Wien Floridsdorf

9. November um 14 Uhr,  
Bahnhof Salzburg



Am 8. 11. 03 findet in Floridsdorf auf Initiative von Sozialistischer Widerstand International (SWI) eine antifaschistische Demonstration statt. Rechte Jugendliche, die sich meistens in Bahnhofsnähe aufhalten, stellen dort ein Problem für MigrantInnen und links orientierte Jugendliche dar.

### VON MARGARITA, SOZIALISTISCHER WIDERSTAND INTERNATIONAL (SWI)

Wir haben uns aus diesem Grund entschlossen mit AnrainerInnen am 8. November, anlässlich des Jahrestages der Novemberpogrome am 9. 11., eine Demo zu machen. Wir wollen den Neonazis zeigen, dass ihre "Meinung" ein Verbrechen ist und dass wir sie auch in Zukunft bekämpfen werden. Also hilf uns dabei und komm zur Demo am 8. 11. um 14 Uhr am Bahnhof Floridsdorf! Warum trauen sich Rechte wieder auf die Straße und warum können sie Jugendliche mit ihren "Ideen" und "Lösungen" ansprechen? In den letzten 10 Jahren betrieben alle Parteien, einschließlich SPÖ, Sozialabbau. Die Sparpakete von der SPÖ/ÖVP Koalition und die zahlreichen "Reformen" der schwarzblauen Regierung verschlechterten die Lage vieler arbeitender Menschen in Österreich. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf Rekordniveau und vor allem die Arbeitsmarktsituation für Jugendliche ist aussichtslos. Sie suchen nach einem Ausweg und manche glauben ihn in der rechtsextremen Szene zu finden. Dass die dump-

fen Parolen, in denen AusländerInnen als Sündenböcke für die allgemeine Misere werden, immer wieder ziehen, hat verschiedene Gründe. Rassistische Gesetze der alten und neuen Regierungen zeigen wie tief rassistische Strukturen in der kapitalistischen Gesellschaft verankert sind. Kampagnen gegen AsylwerberInnen durch Strasser, FPÖ und Krone bieten für rechtsextreme Kräfte ideale Anknüpfungspunkte für ihre Propaganda. Vor allem aber waren linke Organisationen in der Vergangenheit zu schwach, um Jugendlichen eine echte, sozialistische Alternative zu Rassismus und Kapitalismus anbieten zu können. Rechte haben solange eine Chance, solange es Krise und Sozialabbau gibt und wir ihnen nichts entgegensetzen. Deshalb: Fight racism! Fight fascism! Fight capitalism!

### BUNDESWEIT EIN PROBLEM

Nicht nur in Floridsdorf, sondern auch in anderen Teilen Österreichs (z.B.: Salzburg und Oberösterreich) und Wiens (Randbezirke, z.B.: Donaustadt und Favoriten) versuchen rechtsextreme Gruppen Aktionen in der Öffentlichkeit zu starten. In Oberösterreich zum Beispiel konnten Nazis

im September ein Konzert mit Gästen aus Deutschland abhalten. Außerdem organisiert der "Bund freier Jugend" (BFJ) Sonnwendfeiern und mobilisiert immer wieder einige Jugendliche zu ihren Treffen. In Salzburg wurde vor einigen Tagen ein rassistischer Übergriff verübt. Rechtsextreme Gruppen wollten am 13. August 2002 eine Demo gegen die Wehrmachtsausstellung machen. Sozialistischer Widerstand International konnte das gemeinsam mit anderen linken Organisationen verhindern.

### STOPPT DIE EHHRUNG VON NS- VERBRECHERN DURCH RFJ & FPÖ

Im 22. Bezirk tritt der "Ring freier Jugend" (RFJ), Jugendorganisation der FPÖ, wieder stärker in die Öffentlichkeit. Der RFJ ruft nun auch zur Ehrung des Grabs des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers Walter Nowotny auf, weil seinem Grab der Status des Ehrengrabes aberkannt wurde. Am 1. November wollen rechte Aktivisten einen Kranz niederlegen und ihn für seine "Taten für das deutsche Volk" ehren. Der RFJ zeigt im Kleinen, was in den nächsten Monaten vielleicht von der FPÖ zu erwarten ist: der Rückgang der WählerInnenschaft und

Mitgliedschaft auf den harten, rechten Kern, der vielleicht noch wesentlich direkter MigrantInnen, GewerkschafterInnen und Linke attackiert. Weil die FPÖ in der Regierung gezeigt hat, dass sie keine Partei des kleinen Mannes ist, müssen rechtsextreme Kräfte andere Strategien anwenden um Leute zu ködern: Sie gehen wieder stärker auf die Straße, statt in die Parlamente.

### WAS KÖNNEN WIR TUN?

Die Ereignisse vom 13. April 2002, wo an die 50 Neonazis "Heil Hitler" grölend durch die Kärlnerstraße gezogen sind, haben gezeigt, dass wir uns im Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschismus nicht auf den Staatsapparat verlassen können. Deshalb stellt sich uns jetzt die Frage, wie wir - gemeinsam mit Dir - einen drohenden neuerlichen Aufschwung rechtsextremer Gruppen stoppen können. Die Demo am 8. November bzw. am 9. November in Salzburg soll der erste Schritt in die richtige Richtung sein. Noch sind es in Floridsdorf nur rund 20 rechte Aktivisten die ihr Unwesen treiben. Es liegt an uns zu verhindern, dass sie stärker werden. Eine entscheidende Lehre aus der Vergangenheit ist, dass man hier nicht zuwarten darf. Rechte Gruppen gilt es wo sie auftauchen durch Massenmobilisierung

konsequent zu zerschlagen. Komm zur Demo und kämpfe mit uns gegen Rassismus, Faschismus und Kapitalismus!

### 1. NOVEMBER:

Ehrung von WiderstandskämpferInnen statt von NS-Verbrechern  
Treffpunkt: 13 Uhr  
Tor 2 des Wiener Zentralfriedhofs

### 8. NOVEMBER:

Demo "Fight racism! Fight fascism!"  
Treffpunkt: 14 Uhr  
Wien Floridsdorf, vorm Bahnhof

### 9. NOVEMBER:

Demo "Fight racism! Fight fascism!"  
Treffpunkt: 14 Uhr  
Salzburg, vorm Bahnhof

fight racism!  
fight fascism!



Sozialistischer Widerstand International  
\*SWI/International\* \*Antifascist\* © +43 524 63 10

fight racism! fight fascism!  
Neue Broschüre von SWI  
Preis: EUR 3,00 inkl. Versand  
Bestellen: Tel. 01/524 63 10

### Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.